

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

Opposition beginnt auf der Straße



Ende Februar wird bei der Wahl zur Bürgerschaft entschieden, in welcher Parteienkonstellation der nächste Senat die Wünsche der Konzerne und des Monopolkapitals umsetzt.

Angesichts der Sättigung der Märkte und immer größeren Schwierigkeiten, noch Kapital in der Industrie anzulegen, haben alle Senate – ob von der CDU oder der SPD geführt – die Bereiche der sogenannten Daseinsvorsorge, die Versorgung mit Energie und Wasser, die Gesundheitsversorgung, das Wohnen und die Bildung, zur Profitmacherei angeboten. Und die Grünen immer dabei. Daran wird sich auch nach dieser Wahl nichts ändern, welche Partei auch immer den neuen Senat anführen wird.

Mehrheit. Wahlen ändern daran nichts – ändern wird sich dies erst in Verbindung mit massivem außerparlamentarischem Druck.

Dieser Druck muss auf der Straße und in den Betrieben entwickelt werden. Die aus ihren angestammten Quartieren Verdrängten müssen sich organisieren, die Beschäftigten in den Krankenhäusern gegen den wachsenden Arbeitsdruck demonstrieren, die Antifaschistinnen und Antifaschisten sich gegen das immer unverschämtere Auftreten von Rechtsradikalen und Neofaschisten wehren, die Friedenskräfte gegen den In- und Export von Rüstungsgütern auftreten, nicht nur junge Leute für echten Umwelt- und Klimaschutz kämpfen.

Eine kleine, sozial engagierte Opposition ist dabei wichtig und richtig.

Aber deren Anträge finden mit SPD, Grünen, CDU, AfD oder FDP

Ein kostenloser ÖPNV muss her, Hamburg ein „Sicherer Hafen“ für die vor Krieg und existentieller Not Geflüchteten werden.

Wir haben uns entschieden, unsere Kräfte auf diese Kämpfe zu konzentrieren, bestehende Kämpfe zu unterstützen, neue zu initiieren, die Regierung von der Straße unter Druck zu setzen, ihr - wenn auch vielleicht nur kleine - Zugeständnisse abzurufen.

Dabei werden wir die Einsicht zu vermitteln suchen, dass sich die regierenden Politiker zwar all die Sauereien ausgedacht haben, dahinter aber das herrschende kapitalistische System steht, als deren Handlanger sie agieren.

Letztlich muss ein humanes, demokratisches und soziales System her, in dem nicht mehr das große Geld regiert. ■



Michi Götze,
Vorsitzender der
DKP Hamburg



blog.unsere-zeit.de
Die Nachrichtenseite
von DKP & UZ

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Radikal rot seit 1969
unsere-zeit.de

**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

28. – 30. AUGUST 2020
REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

www.uz-pressefest.de

Auch in Hamburg beginnen Kriege!

Überall in der Welt wird gezündelt, insbesondere durch die USA: Im Iran, in Irak, in Syrien, in Libyen, im Südchinesischen Meer, in Afghanistan.

All das ist brandgefährlich und die Gefahr eines großen Krieges, auch „aus Versehen“, wächst weiter.

Anfang 2018 benannten die USA in ihrer neuen Militärstrategie China und Russland als Hauptgegner. Sie bedrohen alle Länder mit Wirtschaftskrieg und Sanktionen, die sich nicht in die Gegnerschaft zu China und Russland einordnen. Auch Deutschland trägt dazu bei, dass Europa einer der Hotspots der Gefahr eines Weltkrieges ist.

Die Bundesregierung macht Deutschland zum Aufmarschgebiet eines großen Krieges.

Im Frühjahr 2020 wird die US-Armee ihr Großmanöver „Defender Europe 2020“ mit Unterstützung von 15 Nato-Ländern sowie zwei weiteren US-Verbündeten durchführen. Erklärtes Ziel ist dabei die Übung für den reibungslosen Transport von Truppen und Waffen an die russische Westgrenze, auch über Hamburg (z.B. den Flughafen).

Deutschland spielt als teilnehmendes NATO-Land eine zentrale Rolle, da der Transport wesentlich über deutsches Territorium geführt wird.

Und das fast genau 75 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, in dem das faschistische Deutschland insbesondere auch in der damaligen Sowjetunion 20 Millionen von Menschen barbarisch dahin geschlachtet hat.

Dieses Manöver eskaliert das Bedrohungsszenario der NATO gegen Russland und bedroht damit Frieden und Sicherheit in Europa.



Wir werden uns an den Protesten gegen dieses Manöver beteiligen! Seien auch Sie dabei!

Der Großraum Hamburg ist mit mehr als 90 Unternehmen, die direkt oder als Zulieferer bzw. als Dienstleister für die Rüstungsindustrie arbeiten und z.B. wesentliche Teile des Kampfpanzers „Leopard 2“ herstellen, wichtiger Rüstungsstandort.

Zu diesen Firmen gehören Blohm+Voss, Jenoptik, Airbus, Rheinmetall Defence oder KMW Schweißtechnik. Sie machen damit Milliarden-Gewinne.

Ein großer Teil dieser Rüstungsgüter wird exportiert. Deutschland steht weltweit an vierter Stelle der Rüstungsexporteure.

Im letzten Jahr haben sich die Rüstungsexporte mit rund 8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.

Der Hamburger Hafen ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter in Europa.

Hier werden jährlich über 1000 Container mit der tödlichen Fracht verladen.

Das sind drei Container pro Tag! Bomben, Panzer, Kleinwaffen und Munition, Kernbrennstoffe, Torpedoaufzüge für U-Boote sowie Kriegsschiffe und Ersatzteile gehen über Hamburg in alle Welt. Zu den Empfängern dieser Rüstungsgüter gehören auch Saudi-Arabien und die Türkei, die damit in Syrien bzw. im Jemen Krieg führen.

Weltweit heizen Rüstungsexporte bewaffnete Konflikte und Kriege an und zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Viele dieser Kriege haben mit dem Export der Waffen in Hamburg ihren Anfang genommen. Dagegen wird gerade die „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“ gegründet, die einen Volksentscheid gegen den Rüstungsumschlag im Hamburger Hafen herbeiführen will. ■

Wir werden diese Initiative nach Kräften unterstützen. Unterstützen Sie sie ebenfalls, denn es ist 5 Minuten vor Zwölf!



Keine Profite mit unserer Gesundheit! - Für mehr Personal in den Krankenhäusern!

Die Würde des Menschen ist unantastbar, so heißt es in unserem Grundgesetz.

Würde, das bedeutet im Falle von Krankheit die Unterstützung und Hilfe zu bekommen, die jede und jeder von uns braucht. In den Krankenhäusern heute ist dies zu einer Utopie geworden.

Der selbst produzierte Personalmangel in den Kliniken führt täglich zu menschenunwürdigen und gefährlichen Situationen, sowohl für die Patient*innen, als auch das Personal. Zu späte Versorgung, das Nicht-Bemerken von Komplikationen, Wundliegen oder Lungenentzündungen durch mangelnde Vorbeugung sind nur einige der Auswirkungen, die das Leben kosten können.

Hamburg ist eines der Bundesländer mit den meisten privaten Krankenhäusern in der Bundesrepublik.

Obwohl die überwiegende Mehrheit der Hamburger Bevölkerung in einem Volksentscheid 2004 gegen einen Verkauf der Krankenhäuser stimmte, setzte sich der damalige CDU-Senat darüber hinweg und verkaufte die landeseigenen Häuser an Asklepios. Die Folgen dieser undemokratischen Entscheidung bekommen wir zunehmend zu spüren.



Doch auch die SPD und ihre Gesundheits-senatorin Cornelia Prüfer-Storcks stehen hinter den privaten Krankenhausbetreibern und dem – wie sie es nennen – „Gesundheitsstandort Hamburg“.

So klagte der Senat 2018 gegen den Volksentscheid des Hamburger Bündnis für Mehr Personal im Krankenhaus und stellte sich so klar gegen die mehr als 30.000 Hamburgerinnen und Hamburger, die für den Volksentscheid unterschrieben hatten.

Für eine Verbesserung der hygienischen Zustände und der Gesundheitsversorgung sah der Volksentscheid mehr Personal, sowohl in der Pflege als auch in der Reinigung vor.

Das hätte natürlich die Profite der privaten Krankenhausbetreiber geschmälert. Für jeden Behandlungsfall erhalten sie eine so genannte Fallpauschale, auch bekannt als DRG (Diagnosis related Groups).

Diese Pauschale ist unabhängig vom tatsächlichen Aufwand und auch von der Liegedauer der Patient*innen. So ist jeder private Krankenhausbetreiber bemüht, mit möglichst wenig Personal möglichst viele Patient*innen zu versorgen und diese schnell nach Hause zu entlassen.

Nach Einführung der Fallpauschale im Jahr 2002 wurden innerhalb von 5 Jahren 33.000 Arbeitsstellen in der Pflege im Krankenhaus abgeschafft. Die Liegedauer wurde von 14 Tagen auf gut 7 Tage im Durchschnitt verkürzt.

Häufig heißt es, es herrsche Fachkräftemangel in der Pflege.

Doch die Beschäftigten werden durch die krankmachenden Zustände und die schlechte Bezahlung regelrecht zur Flucht aus ihrem Beruf getrieben. In der BRD gibt es 600.000 examinierte Pflegekräfte, die nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiten.

Im Durchschnitt hält es eine Pflegekraft nur 7 bis 8 Jahre in ihrem Beruf aus, danach ist sie selber krank oder sucht sich eine andere Arbeit.

Aber es geht auch anders: in Kalifornien kehrten vor Jahren zehntausende Pflegekräfte in ihren Beruf zurück, als eine verbindliche Personalbe-

messung mit einer Betreuung von einer Pflegekraft zu 5 Patienten eingeführt wurde.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle ein.

Dafür müssen der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht das Profitinteresse privater Krankenhausbetreiber.

Für eine menschenwürdige Versorgung braucht es ausreichend Personal in allen Bereichen und eine verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung für jede Schicht, für jeden Patienten. Die Gesundheitsversorgung muss unter demokratischer Kontrolle in öffentlicher Hand organisiert werden. ■



AfD raus aus der Bürgerschaft...

So lautet eine der Botschaften der DKP Hamburg für die anstehende Wahl.

Die AfD nutzt ihre Vertretung im Parlament, um mit Anfragen und Anträgen, aber auch mit Kampagnen wie der Bespitzelung von Lehrern und Schülern die gesellschaftliche Stimmung zu vergiften und die Gesellschaft zu spalten.

Sie liefert damit ein Ventil für den vom Kapitalismus ausgehenden Druck.

Sie verhindert, dass sich eine schlagkräftige Bewegung bildet, die die Probleme tatsächlich bei der Wurzel packen könnte.

Im Fahrwasser der AfD erstarken eindeutig neofaschistische Organisationen wie „Ein Prozent“ und „Identitäre“. Es besteht die Gefahr, dass diese noch stärker werden, wenn sich die Krise des kapitalistischen Systems verschärft.

Auch die Arbeiterklasse wird inzwischen durch die Aktivitäten der AfD gespalten, was den Kampf gegen den von Schröder und Fischer mit Hartz-IV geschaffenen und von Merkel fortgeführten größten Niedriglohnsektor in Europa erschwert.

Es ist kein Zufall, dass eine Partei, die von den eigentlichen Verursachern ablenkt und einfache Parolen anbietet, nicht nur den Herrschenden dient und diese vor dem „Pöbel“ schützt, sondern auch zur weiteren Entsolidarisierung beiträgt.

Mit dem Kampf gegen die AfD und die Rechtsentwicklung insgesamt lassen wir nicht außer Acht, dass damit das Kernproblem unserer Gesellschaft im Umgang mit Rassismus und Faschismus keineswegs gelöst wäre.

Die Krise des Kapitalismus und die dadurch verstärkten Zumutungen für die Bevölkerung verschwinden nicht durch mehr oder weniger Wählerinnen- und Wählerstimmen für die AfD und andere. Sie verringern auch nicht die rassistischen Grundüberzeugungen bei den Unverbesserlichen.

Aber ein erfolgreicher Kampf gegen diese Partei bringt Antifaschistinnen und Antifaschisten verschiedener politischer Ausrichtungen enger zusammen, schützt Migrantinnen und Migranten, Homosexuelle, Anhänger verschiedener Glaubensrichtungen, Andersdenkende vor immer offeneren Anfeindungen und körperlichen Attacken.

Klimawandel stoppen! Nein zur CO2-Steuer! Die Unternehmen sollen zahlen!

Die letzten 5 Jahre sind die wärmsten seit der Wetteraufzeichnung.

Diese Erderwärmung wird dem Klimawandel zugerechnet, der vor allem durch menschliche Aktivitäten verstärkt wird. In erster Linie durch den Ausstoß von Treibhausgasen, allen voran Kohlenstoffdioxid (CO₂).

Hauptsächlich werden Treibhausgase durch das Verbrennen fossiler Energieträger ausgestoßen. Natürliche Änderungen und Schwankungen hat es in der Erdgeschichte schon immer gegeben. Aber der aktuelle Klimawandel ist zum einen deut-

lich schneller als die Änderungen zuvor und bedroht die Lebensgrundlage der Menschheit selbst.

Der Ausstoß von Treibhausgasen und das Verbrennen fossiler Energieträger gehen mit dem Aufstieg des Kapitalismus einher. Die anarchische kapitalistische Produktionsweise, die nur dem Profit verpflichtet ist, aber nicht dem Wohlergehen der Menschen, ist es, die den Klimawandel wesentlich bewirkt. Sie ist auch für viele andere ökologische Probleme verantwortlich, wie die Überdüngung der Böden und Meere, den Verlust der Biodiversität, Plastik in den Weltmeeren und vieles andere.



Nicht zuletzt wirkt ein gemeinsames Vorgehen einer schleichenden Einbindung der AfD in den bürgerlichen Politikbetrieb entgegen.

Denn leider weigert sich keine der bürgerlichen Parteien mehr, mit deren Vertretern ein gemeinsames Podium zu betreten, auch nicht an Schulen.

Der Hinweis auf die Entlarvung dieser Partei (als ob sie das nicht selber täglich tun würde) und der Kampf um Wählerstimmen ist dabei aus vorgenanntem Grund ein trügerischer und gefährlicher Versuch, vereinzelt sogar mit Neofaschisten Argumente austauschen zu wollen. Im Ringen um eine bessere Zukunft kann es daher nur heißen:

Alle zusammen gegen den Faschismus!
AfD raus aus den Parlamenten! ■



Um den Klimawandel in der jetzigen Form aufzuhalten, bedarf es konsequenter Maßnahmen, die den Ausstoß von Treibhausgasen einschränken.

In erster Linie muss das Verbrennen von fossilen Energieträgern eingeschränkt werden. Irrsinniger Transport von Waren rund um die Welt könnte eingeschränkt werden. Er steigert nur die Profite. Nicht individueller Verzicht, sondern die Umstellung der Produktionsweise ist die Lösung.

Eine CO₂-Bepreisung ändert nichts, sondern belastet nur die arbeitenden Menschen.

Klimaschutzpolitik in all ihren Facetten und Wechselwirkungen ist mit der erbarungslosen Jagd nach Profit kapitalistischer Systeme nicht vereinbar. Die Klimaerwärmung kann nur mit gesamtgesellschaftlicher Planung abgemildert werden.

**Für Klima und Umwelt
Gegen Kapital & Monopole**



Gemeinsam kämpfen!



Wir brauchen eine Wirtschaft, die an den Interessen der Menschen und damit an einer ressourcenschonenden, umweltfreundlichen Produktion orientiert ist. Eine zukünftige sozialistische Ökonomie muss nach Lösungen einer Verbrauchsgerechtigkeit der Ressourcen für alle Menschen dieser Erde suchen. Die regionalen Wirtschaftszusammenhänge müssen gestärkt werden, damit nicht unnötige Transporte das Klima weiter belasten. „Für das Klima“ heißt: Konsequenz gegen Kapital und Monopole! ■

Nein zur CO₂-Steuer zu Lasten der arbeitenden Menschen, sondern Besteuerung der Konzerne, die das CO₂ produzieren! Wer nicht zahlt wird enteignet.

Freie Bahn für alle

61 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger wünschen sich eine autofreie Innenstadt, meldet Anfang des Jahres das Hamburger Abendblatt. Kein Wunder, bewegt sich doch seit langem auf den Straßen kaum noch etwas.

Hunderttausende Autos stauen sich auf Hamburgs Straßen; Radfahrer und Radfahrerinnen und Fußgänger und Fußgängerinnen kämpfen um ihren Platz am Rand der Straße - und machen sich dabei auch schon mal gegenseitig fertig.

Im Straßenverkehr tobt der kapitalistische Konkurrenzkampf jede gegen jeden. Die Grünen versuchen daraus ein Wahlkampfschlager zu machen, allerdings trauen sie sich nur zu der lauen Forderung nach einer „autoarmen Innenstadt“.

Aber das beschreibt nur Symptome einer verfehlten Verkehrs- und Wohnungspolitik.



350.000 Menschen pendeln täglich in die Stadt, weil sich Normalverdiener im Innenstadtbereich Hamburgs kaum noch eine Wohnung leisten können.

Viele sind aufs Auto angewiesen, weil ihre Arbeitsplätze (besonders in Industrie und Hafen) zu abseitig für Bus und Bahn gelegen sind. Längst nicht alle können die Bahn nutzen, die zudem nur selten fährt und ständig überfüllt ist. Auch innerstädtisch ist es nicht besser. Manche Großsiedlungen wie Steilshoop, Osdorfer Born oder Kirchdorf-Süd warten seit den 60er oder 70er Jahren auf ihren Schnellbahnanschluss.

Dabei sind U- und S-Bahn die umweltfreundlichsten und wirklich leistungsfähigen Verkehrsmittel, um die Massen in einer Großstadt zu bewegen.

Zudem könnte die Bahn für eine solidarische, gemeinsame Fortbewegung stehen. Für weniger dicht besiedelte Gebiete muss auch die Straßenbahn als Option her. Das große Netz der 50er Jahre haben SPD-Senate in Jahrzehnten zugunsten der autogerechten Stadt aufgelöst.

Wir Kommunisten sagen:

Ein großer Wurf wird gebraucht. Ja, das bedeutet erstmal viele Baustellen. Und ja, das kostet etliche Milliarden. Doch das ist in der Stadt der Milliardäre vor allem die Frage, wessen Interessen politisch zählen.

Das geht zum Nulltarif

Einzelfahrscheine für den Großbereich und vor allem Monatskarten sind im HVV-Tarif teurer als irgendwo sonst in Deutschland.

Die Verkehrsbetriebe sollen wirtschaftlich arbeiten, ja - im Sinne des besten Einsatzes ihrer Mittel für die Nutzerinnen und Nutzer, aber nicht nach Gewinn streben.

Es reicht nicht, dass sie der Stadt gehören oder ihre Leistung von der Stadt bestellt wird. Sie müssen auch in der Unternehmensform dem Gemeinwohl unterworfen werden. Dann lässt sich auch ein Nulltarif einführen.

Der öffentliche Verkehr soll als öffentliche Leistung für alle unabhängig vom Einkommen nutzbar sein. Dass das machbar ist, zeigen andere europäische Großstädte. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass zugleich Bahnnetz und Fahrpläne verdichtet werden, damit das Bahnfahren nicht aus Überfüllung unerträglich wird.

Wenn das gelingt, wird schon die Senkung der Folgekosten des Autoverkehrs dafür sorgen, dass ein Teil der verlorenen Einnahmen und größeren Ausgaben ersetzt wird.

Platz für Rad und Fuß

Auf kurzen und mittleren Distanzen wollen wir auch in Zukunft die meisten Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen - und anders als heute den nötigen Platz dafür haben. Was die selbst ernannte „Fahrradstadt“ Hamburg bisher bietet, ist lachhaft bis lebensgefährlich.

Das Recht auf eine lebenswerte Umgebung gilt für uns nicht nur in verkehrsberuhigten Szenevierteln; auch an Kieler- oder Eiffestraße müssen Tempo und Autospuren raus, Straßengrün, Lärmschutz und Platz für Menschen her. Das wäre auch eine umweltfreundliche, klimaschonende Perspektive, nicht eine „autoarme Innenstadt“. ■

Wohnen darf kein Luxusgut sein

Freund und Helfer dürfen sie sein, die schlecht bezahlten Großstadtpendler, als Erzieher oder Krankenpfleger, als Polizist, Handwerker oder Straßenkehrer – aber echte Mitbürger werden sie nie. Dazu fehlen ihnen die Mittel. Ausgerechnet jene, die den Alltag in der Stadt erst ermöglichen, haben keine Chance, daran teilzuhaben.“

Diese Zustandsbeschreibung aus der Zeitschrift Der Spiegel gilt für immer mehr Hamburger. Hier haben die Neubau-Kaltmieten im letzten Jahrzehnt auf durchschnittlich 12,45 Euro/qm abgehoben.

In gefragten innerstädtischen Wohngebieten wie Ottensen und Eimsbüttel überschritten Neuvermietungen 20 Euro/qm.



Die von der Politik verordneten Dämpfungsmaßnahmen wie die „Soziale Erhaltungsverordnung“, die „Kappungsverordnung“ oder die „Mietpreisbremse“ greifen kaum oder gar nicht.

So hat sich in Hamburg der Wohnungsmangel zur Wohnungsnot entwickelt.

Immer mehr Familien mit Normaleinkommen verlassen die Stadt, reihen sich ein in das Heer der 355.000 Pendler und verbringen einen Teil ihrer Tage in überfüllten Verkehrsmitteln und in Verkehrsstaus.

Dabei hätte jede zweite Hamburger Familie Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber es gibt kaum welche.

Gab es in den 1970er-Jahren in Hamburg noch über 400.000 Sozialwohnungen mit Bindungsfristen von 30 und 40 Jahren, so ist deren Zahl kontinuierlich auf unter 80.000 abgesunken. Und sie sinkt weiter.



An dieser Entwicklung sind vor allem die vom Senat auf 15 Jahre verkürzten Bindungsfristen schuld, mit denen er den Bau von Sozialwohnungen für privates Kapital attraktiv machen wollte.

Es fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue gebaut werden. Jetzt sollen die Bindungsfristen im sogenannten „Effizienzwohnungsbau“ sogar auf 5 Jahre gesenkt werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht, kein Luxusgut. Es muss allen Menschen wieder in Hamburg ermöglicht werden. Es gehört zur Daseinsvorsorge und damit in die öffentliche Hand.

Deshalb fordern wir als Sofortmaßnahmen:

Deckelung der Mieten im Wohnungsbestand

So wie in Berlin geplant, sollen die Mieten für zunächst fünf Jahre eingefroren werden. Auch bei Neuvermietungen aus dem Wohnungsbestand darf die Miete nicht steigen.

Kommunalen Wohnungsbau aktivieren Um auch nur den geringen Bestand an Sozialwohnungen zu halten, müssten nach Berechnungen des Mietervereins jährlich 5000 statt der angestrebten 2000 Sozialwohnungen gebaut werden.

Das sollte die Stadt in die eigenen Hände nehmen und mit ihrer Wohnungsgesellschaft SAGA/GWG diese Wohnungen bauen. Erst auf der Basis kommunalen Eigentums kann sicheres soziales Wohnen organisiert werden.

Öffentlicher Grund sollte – wie es die Volksinitiative der Mietervereine fordert – nicht mehr verkauft, sondern allenfalls in Erbpacht vergeben werden .

Genossenschaftliches Eigentum privilegieren.

Baugenossenschaften bieten ihren Mitgliedern günstigen Wohnraum und guten Mieterschutz. Sie müssen, solange der Senat die städtischen Grundstücke nicht selbst bebaut, bei der Vergabe städtischen Grund und Bodens bevorzugt zu werden.

Zurück zur Gemeinnützigkeit

Bis in die 1980er Jahre leisteten gemeinnützige Wohnungsunternehmen einen entscheidenden Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot.

Sie hatten einen öffentlich geförderten Versorgungsauftrag für sozial benachteiligte Haushalte. Statt Gewinnerorientierung galt das Kostendeckungsprinzip.

Überschüsse und Vermögen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mussten allein zum Zweck der preisgünstigen Wohnungsversorgung eingesetzt werden. Das brauchen wir wieder. ■



„Eine Schule für alle!“ - Weg mit dem falschen Schulfrieden!

Im Sommer 2019 wurde der Hamburger „Schulfrieden“ bis 2025 verlängert. Schulsenator Rabe freute sich über die Einigung der SPD mit den liberalen und rechten Parteien Grünen, CDU und FDP: „Durch den Schulfrieden können wir eine vernünftige Schulpolitik fortsetzen, in deren Mittelpunkt die Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität steht.“

Es geht ihnen um die unveränderte Beibehaltung des „Zwei-Säulen-Modells“ ab Klasse 5 – eine Säule „Gymnasium“, eine Säule „Stadtteilschule“.

Und nun kommen wir von der DKP, stänkern und schreiben „Weg mit dem falschen Schulfrieden!“.

Sind wir gegen eine „vernünftige“ Schulpolitik?

Die „PISA-Studie“ vom Dezember 2019 zeigt erneut schonungslos: In keinem anderen Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland! Klartext: In einem der reichsten Länder der Welt haben Kinder aus armen Familien kaum eine Chance! Das ist ihre „vernünftige“ Politik, die aufrechterhalten werden soll.

Das Schulsystem soll im Interesse großer Konzerne billig qualifizierten Nachwuchs produzieren. Zugleich soll es auch dafür sorgen, dass die Kinder der Reichen auf ihre zukünftigen „Führungsaufgaben“ vorbereitet werden.

Ein großer Teil der Schüler fällt aus diesem System raus, bleibt komplett ohne Abschlüsse. Sie werden im Kapitalismus nicht benötigt! Bildung ist eine Klassenfrage. Diese zutiefst zynische Struktur wird offensichtlich ideal mit dem Hamburger „Zwei-Säulen-Modell“ abgesichert.

Nach mehr als zehn Jahren „Schulfrieden“ stellen wir dagegen fest:

Das von den Medien und den Parteien des Schulfriedens abgefeierte Zwei-Säulen-Modell fährt in den letzten Jahren krachend gegen die Wand.



Bei der Anmeldung zu den weiterführenden Schulen ist in der Tendenz ein Trend weg von den Stadtteilschulen hin zu den Gymnasien festzustellen. Dies stellt viele Stadtteilschulen vor existenzielle Probleme.

Kinder mit dem Ziel Abitur werden immer weniger an den Stadtteilschulen angemeldet, obwohl man auch hier das Abitur machen kann.

Warum ist das so?

Die Stadtteilschulen haben viel schlechtere Bedingungen als die Gymnasien:

- Nur Stadtteilschulen müssen die „Inklusion“ umsetzen - de facto eine riesige Sparmaßnahme.
- Sie kümmern sich fast alleine um die Beschulung Geflüchteter.
- Die Stadtteilschulen müssen immer mehr Erziehungsaufgaben leisten.
- Der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zeigt sich vor allem an den Stadtteilschulen.

Das Gymnasium schafft bei Eltern die Illusion, dass ihre Kinder dort mehr Aufmerksamkeit und eine bessere Bildung erhalten. Aber die Gymnasien reagieren auf die steigende Zahl der Schüler- und Schülerinnen mit stärkerem Aussieben, um ihren exklusiven Status aufrecht zu erhalten.

Für die Stadtteilschulen kommt dadurch die stetig wachsende Zahl der sogenannten „Rückläufer“ als Belastung hinzu, also der Schülerinnen und Schüler, die durch das Raster am Gymnasium gefallen und als „Schulversager“ gebrandmarkt sind.

Das sind Ergebnisse von 10 Jahren „Schulfrieden“, der besser „bildungspolitische Friedhofsruhe“ heißen sollte.

Die DKP kritisiert diese Entwicklung schon seit 2008.

Diese Schulstruktur hat sich eben nicht im Vergleich mit dem dreigliedrigen System als das Bessere, sondern als Brandbeschleuniger der sozialen Auslese erwiesen.

Die Situation schreit geradezu nach einer grundlegenden Veränderung der Schulstruktur: Unsere Alternative ist die „Eine Schule für Alle“.

Was ist die „Eine Schule für Alle“?

- Eine Schule, in der alle Kinder gemeinsam lernen und alle Kinder individuell gefördert und gefordert werden.
- Eine Schule, in der es keine Benachteiligung durch die soziale Herkunft mehr geben wird.
- Eine Schule mit kleinen Lerngruppen.
- Eine Schule, in der die umfassende Persönlichkeitsentwicklung aller Kinder gesichert wird.

Für eine solche Schule kämpft die DKP – nicht nur in Wahlkämpfen. ■



Wie grün sind die Grünen?

Vielen Menschen, die mit der Politik der SPD- und CDU-geführten Regierungen unzufrieden sind, erscheinen die „Grünen“ als Hoffnungsträger. Bei der Wahl zum EU-Parlament wählten 31 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger grün. Jetzt wird sogar über eine grüne Bürgermeisterin spekuliert. Aber wie berechtigt sind diese Erwartungen?

Das Gedächtnis der Menschen ist erstaunlich kurz:

Hat nicht die „Ökopartei“ GAL dem Bau vom Kohlekraftwerk in Moorburg, der größten Dreckschleuder in der Region, zugestimmt, um mit der CDU ins Senatsbett zu kommen? Wurde nicht für den Bettenwechsel zur SPD die Stadtbahn geopfert und die x-te Elbvertiefung geschluckt? Hatte nicht die grüne Gesundheitssenatorin Krista Sager (1997-2001) mit Überlegungen zur Privatisierung des Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) begonnen? Damals Europas größter kommunaler Krankenhausverbund, der dann vom CDU-Senat an Asklepios verramscht wurde. Wo waren die Grünen beim HSH-Deal, der mit gigantischen Milliardenverlusten für die Stadt endete, wo bei der Privatisierung von „Pflegen und Wohnen“, das heute der Heuschrecke „Oaktree“ gehört? Privatisierung war stets ein grünes Steckenpferd!

Schon wieder! ...offen für Bundeswehr-Einsatz im Persischen Golf

Angesichts der Spannungen in der Region könne ein Einsatz der Bundeswehr zur „Deeskalation beitragen“, erklärt der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, der „Passauer Neuen Presse“. Alles andere wäre bei nüchterner Betrachtung der grünen Kriegspartei auch eine Überraschung gewesen.

Waren es nicht Grüne und SPD, die deutsche Soldaten vor 20 Jahren in Jugoslawien in den ersten Angriffskrieg seit 1945 schickten? Angesichts mangelnder Kriegsbegeisterung ihrer Landsleute zeigten sich Hamburgs GAL-Chefin Sager und der grüne Außenminister Josef Fischer dann schwer enttäuscht: „Kriegsmüdigkeit schon nach 6 Wochen“.

Ob Afghanistan, Libyen, Syrien, die Grünen waren zuverlässige Kriegspartei, oft ausgemachte Kriegstreiber. Heute zu erwarten, sie könnten sich gegen die Aufrüstungspläne der EU, gegen Trumps Forderung nach einer Fast-Verdoppelung des Rüstungshaushalts stellen, sich gegen die vertragsbrüchige USA und für die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Iran entscheiden, zum

Wiederaufbau der Länder des Nahen Osten beitragen oder die feindselige Haltung gegenüber Russland überdenken, ist darum reines Wunschdenken.

Die Gentrifizierer

In Hamburg treten die Grünen in enger Absprache mit der SPD als Propagandisten der „Urbanisierung“ auf, die Grün und Stadtklima hintanstellen zugunsten der weiteren Verdichtung und Versiegelung der Stadt. Sie sind die politischen Akteure der so genannten Gentrifizierung, bei der die Bevölkerung der inneren Bezirke ausgetauscht wird gegen die, die sich die Wuchermieten noch leisten wollen oder leisten können.

Gegenüber der Mieterbewegung und den Grüninitiativen der Stadt machen sich grüne Politiker unsichtbar. Sie fürchten, verärgerten und verzweifelten Bürgern eine Bühne zu liefern, denn den großen innenstädtischen Bauvorhaben und Grünfraß-Projekten haben sie in Senat und Bezirksversammlungen ausnahmslos zugestimmt. Aber auf Wahlplakaten werben sie ungerührt mit „Grün vor Beton“ und mit „Mieten müssen bezahlbar sein“. Sozialwohnungen? Städtisches Grün? Fehlmeldung! Fake! Denn die grüne Nomenklatura weiß: Ihre Stammkundschaft ist zahlungsfähig.

Philister und Selbstversorger

Flucht und Asyl? Da legt sich die grüne Stirn in Sorgenfalten. Man demonstriert Moral, man ist für Integration, die man aber in der Praxis den Billstedtern überlässt, denn ins verdichtete teure Eimsbüttel schaffen die Flüchtigen es sowieso nicht. Und man hofft, dass niemandem auffällt, dass diese Menschen durch Kriege vertrieben wurden. Kriege, die Grün stets gerechtfertigt und mitbeschlossen hat.

Bezahlbare Wohnungen? Selbst bevorzugt man „Baugemeinschaftsprojekte“. Eine Art zu bauen, bei der clevere Fördermittel-Experten begehrte innerstädtische Grundstücke und viel Staatsknete abziehen. Soziales? Auch der dummen jährlichen Erhöhung der Preise für Schwimmbäder oder jetzt für den Hamburger Nahverkehr haben sie wieder zugestimmt.

Und was Jungwähler kaum noch wissen werden: Die dreimalige Kürzung der Rente seit dem Jahr 2000, Hartz IV und 1-Euro-Job – die Enteignung der Armen – waren grünrote Gemeinschaftsleistungen. ■

